

Beilage zu Nummer 37 der Volksstimme.

Montag den 14. Februar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 14. Februar 1916.

Der Verkauf des alten Museums rückgängig.

Der Magistrat teilt der Presse mit: Der Käufer des alten Museums, das bekanntlich vor ungefähr 4 1/2 Jahren von der Stadt veräußert wurde, hatte vor einiger Zeit an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihn von dem Vertrage zu entbinden mit Rücksicht auf Verhältnisse persönlicher Natur und den Ausbruch des Krieges. Ueber die Bedingungen, unter welchen unter Umständen die Entbindung von dem Vertrage eintreten könnte, wurde seit längerer Zeit verhandelt. Es bestanden wesentliche Gründe, die es recht mißverständlich erscheinen ließen, den erbetenen Vergleich nicht ohne weiteres abzuweisen; nicht in letzter Linie wirkte auch die starke Befürchtung, daß im Falle der Ablehnung des Antrages auf einem der hervorragenden Plätze der Stadt lediglich aus finanziellen Gründen ein Bau errichtet werden könnte, der dem Stadtbild einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen würde. Von näherer Erörterung aller Gründe, die schließlich zur Annahme des Anerbietens und zum Verzicht auf Einhaltung des Vertrages führten, soll abgesehen werden; selbstverständlich bildete die Höhe der Abfindungssumme Gegenstand langer Auseinandersetzungen. Der Magistrat vertrat die Auffassung, daß nur von einem Betrage die Rede sein könnte, der finanziell sehr ins Gewicht falle und die Stadt vor Schaden bewahre.

Der Finanzausschuß nahm in dieser Auffassung schon vor einigen Tagen einstimmig den Antrag des Magistrats an, die Entbindung von dem Vertrage eintreten zu lassen, wenn eine Abfindungssumme von 450 000 Mark gezahlt würde; die Stadtverordnetenversammlung trat diesem Beschlusse einstimmig bei.

Die Stadt befindet sich, nachdem der Käufer heute fest Einverständnis mit diesem Beschlusse hat erklären lassen, wieder im Besitze ihres Grundstücks und außerdem der genannten Abfindungssumme von nahezu 1/2 Million.

Zur Kartoffelnot.

Eine ungleichmäßige Kartoffelverteilung der Städte stellt die Hauptleitung des Kriegsaussschusses für Konsumten-Interessen auf Grund einer Erhebung fest, die sie bis zum 15. März allmähentlich zur Beseitigung der Wirkung der neuen Kartoffelpreissteigerung im ganzen Reich veranstaltet. Nach den Berichten aus den 75 wichtigsten Groß- und Mittelstädten verfügte in der Woche vom 30. Januar bis 5. Februar 32 über ein ausreichendes Kartoffelangebot. In einem Teil handelt es sich hier um Orte, in denen eine Einkellerung schon im Herbst bei den Verbrauchern üblich ist. In 37 Städten wird über mehr oder weniger großen Kartoffelmangel geklagt. In fast allen diesen Fällen geben die berichtenden Ausschüsse eine Verknappung an, die auf der Erzeugung in Erwartung noch höherer Preise als Ursache an. Dem Handel kann, so laut der Ausschüsse, ein solches Vorgehen nur in wenigen Fällen zum Vorwurf gemacht werden. Aber auch mangelhafte Aufnahmegeräte, Aufkauf der Erzeugnisse, fehlerhafte Dispositionen der Reichskartoffelstelle, verbotene Höchstpreisfestsetzung durch den Bundesrat werden als Ursache der Kartoffelknappheit angegeben. Einige Ausschüsse weisen schließlich noch auf die Frostgefahr als Grund für die ungenügende Anlieferung hin. Dieser Umstand kann nach Meinung der Hauptleitung des Kriegsaussschusses wohl für einige Bezirke, nicht aber für das ganze Reich bestimmend sein; denn in den gleichen Versorgungsgebieten gäbe es nicht nebeneinander Städte mit reichlichen Kartoffelvorräten und solche, in denen Kartoffelnot herrsche. Ebenso verschiedenartig sei es in den Gemeinden, die aus den gleichen Ueberflussebezirken bezögen. Am schlimmsten lägen die Verhältnisse im Königreich Sachsen, wo die Großstädte vor kurzem ihre letzten Kartoffeln an die Bevölkerung verteilt hätten. Dort seien auch die Landgemeinden bereits von allen Kartoffeln entlehrt. Als einen Beweis für die gemeinwirtschaftliche Betätigung der deutschen Stadtverwaltungen und für ihr erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den organisierten Verbrauchern führt der Kriegsaussschuß die Tatsache an, daß von den 75 Gemeinden 55 in eigenen Verkaufsläden oder durch Vermittelung der Händler, Konsumvereine oder der Verbraucherschüsse, Kartoffeln an ihre Einwohner abgeben.

Der Landrat des Unterraumkreises gibt amtlich bekannt: „In Wiesbaden ist dringender Bedarf an Kartoffeln, die unbedingt sofort geliefert werden müssen. Rechnet 430 Mark. Es wird erwartet, daß alle Gemeinden etwas nach Wiesbaden abgeben können.“

Anbau von Frühkartoffeln.

Wegen der mangelnden Einfuhr von Frühkartoffeln infolge des Krieges ist es unbedingt notwendig, wiederum in größerer Menge Frühkartoffeln im eigenen Lande anzubauen. Doch ist es sehr mißverständlich, daß nur dort Frühkartoffeln angebaut werden, wo die natürlichen Bedingungen des Bodens ihrem Gelingen günstig sind. Deshalb ist folgendes zu beachten:

Frühkartoffeln verlangen ein gut vorbereitetes Land, das werden am sichersten und vorzuziehendsten auf besseren, in hoher Kultur und in alter Kräfte stehenden, warmen Böden und in ge-
richteten Lagen angebaut. Der Anbau kann aber auch auf leichteren Böden, unter sonst günstigen Bedingungen, mit Erfolg betrieben werden. Wurde das Land nicht bereits im Herbst mit Stallmist befruchtet und erfolgt eine Mistdüngung erst im Frühjahr, so ist hierauf ein gut vorbereiteter Stallmist zu verwenden, um hierdurch den Frühkartoffeln die erforderlichen Mengen an Nährstoffen rechtzeitig zur Verfügung stellen zu können. Neben der Stallmistdüngung empfiehlt sich eine Düngung von 100 Kilogramm 40prozentigen Kalisalzes und 100 Kilogramm Ammoniumsulfat oder 50 Kilogramm 20prozentigen Superphosphat oder dreifachem 50 Kilogramm Thomasmehl und 50 Kilogramm Kalksalz pro Hektar.

Für die Auswahl der anzubauenden Frühkartoffeln kommt hauptsächlich die Reifezeit und die Ertragsfähigkeit der verschiedenen Sorten in Betracht. Die Reifezeit ist für die einzelnen Sorten durchaus nicht überall die gleiche, sondern je nach den Boden-,
Kultur- und Witterungsverhältnissen sowie nach dem früheren oder späteren Zeitpunkt des Anpflanzens sehr wechselnd. Nach dem Teil landwirtschaftlichen Beobachtungen auf dem Versuchsfelde der
Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Berlin, wo die Kartoffeln
verschiedenen Sorten ungefähr folgende Reifezeiten erzielten: 1. Ende
Juli bis Mitte Juli: Frühkeiwe, Schönliese, Wilmanns Alpha,
Hilfsmittel, Dörflinger Frühkei, Wilmanns Beta, Wilmanns Gamma,
Wilmanns Delta, Wilmanns Epsilon, Wilmanns Zeta, Wilmanns Eta,
Wilmanns Theta, Wilmanns Iota, Wilmanns Kappa, Wilmanns Lambda,
Wilmanns Mu, Wilmanns Nu, Wilmanns Xi, Wilmanns Omikron,
Wilmanns Pi, Wilmanns Rho, Wilmanns Sigma, Wilmanns Tau,
Wilmanns Upsilon, Wilmanns Phi, Wilmanns Chi, Wilmanns Psi,
Wilmanns Omega.

frane, Wilmanns Frühkei, Wilmanns Beta, Wilmanns Gamma, Wilmanns Delta, Wilmanns Epsilon, Wilmanns Zeta, Wilmanns Eta, Wilmanns Theta, Wilmanns Iota, Wilmanns Kappa, Wilmanns Lambda, Wilmanns Mu, Wilmanns Nu, Wilmanns Xi, Wilmanns Omikron, Wilmanns Pi, Wilmanns Rho, Wilmanns Sigma, Wilmanns Tau, Wilmanns Upsilon, Wilmanns Phi, Wilmanns Chi, Wilmanns Psi, Wilmanns Omega.

Der städtische Reis- und Eierverkauf erfolgt bekanntlich nur gegen Vorzeigung der Brotkarte. Das ist recht und billig. Aber die Einrichtung, so gut sie auch gemeint ist, nützt nicht viel; wer will, kann den städtischen Verkauf doch mißbrauchen. Der hundert mich, so schreibt mit Recht das „Wiesbadener Tagblatt“, wenn ich das nötige Geld habe, heute, morgen, übermorgen, vormittags, nachmittags und in allen Verkaufsstellen nacheinander je 1 Pfund Reis oder die für den einmaligen Verkauf zulässige Zahl Eier zu holen. Als eine Dame beim Einkauf von städtischem Reis meinte: „Mehr als 1 Pfund bekommt man ja nicht“, erwiderte die Verkäuferin: „Nein, aber Sie können ja jeden Tag 1 Pfund haben.“ Dem Sinn der Verordnung entspricht das natürlich nicht, aber mit der von der Stadt vorgegebenen Konventionalstrafe ist da nichts zu machen, und die Erfahrung hat zur Genüge gelehrt, daß außerordentlich viele Leute nichts nach dem Geist derartiger Verordnungen fragen, solange sie ungestraft dagegen handeln können. Der Vorschlag, der wiederholt gemacht worden ist und jetzt wieder mehrfach aus unserem Verkehr gemacht wird: man möge die Häufigkeit der Abgabe von Lebensmitteln durch Stempelabdrucke kontrollieren, erscheint daher recht beachtenswert.

Städtischer Eierverkauf. Der Magistrat der Stadt Wiesbaden hat aus Ungarn Eier gekauft, die in den hiesigen Butter- und Eiergeschäften zum Verkauf gelangen werden. Der Verkaufspreis ist vom Magistrat auf 15 Pf. für das Stück gute, gesunde Ware und 14 1/2 Pf. für Nebenforten (kleine, beschmutzte Waren) festgesetzt worden. Da der Vorrat immerhin beschränkt ist, haben die Eierhändler bei einer Konventionalstrafe sich verpflichten müssen, nur jeweils sechs der städtischen Eier an einen einzelnen Käufer abzugeben, nachdem er sich durch die Wiesbadener Brotkarte ausgewiesen hat. Der Verkauf erfolgt im übrigen an jeden Wiesbadener Bürger, ohne Festlegung einer bestimmten Grenze des Einkommens. Der stückweise Verkauf an Großbetriebe ist verboten. Der Beginn des Verkaufs wird in unserer Zeitung rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Kahrländeränderung. Vom 15. Februar ab fällt der Personenzug Nr. 1126 Rüdesheim ab 6.53 Uhr morgens, Wiesbaden an 7.48 Uhr, bis auf weiteres aus. Dafür wird der Personenzug ab Rüdesheim um 6.34 Uhr morgens, Wiesbaden an 7.29 Uhr, eingestellt. Der Zug hat 2 bis 4 Wagenklasse und hält auf allen Zwischenstationen. Es wird somit ein besserer Anschluß nach Mainz über Biebrich-Ost hergestellt.

Erlaubnisse für Streustroh. Firmen des Handelskammerbezirks Wiesbaden, die zurzeit Erlaubnisse für Streustroh, wie Holzwolle, Seegras, Cellulose, Schluffgras usw. in größeren Mengen abgeben können, wollen unversätzlich eine entsprechende Mitteilung über Art und täglich verfügbar abzugebende Mengen der Geschäftsstelle der Handelskammer Wiesbaden zugehen lassen.

Kleinvverkaufspreise.

Die nach der heutigen Marktlage im Sinne von Ziffer 3 der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 18. Armee-Korps vom 20. Juli 1915 für mittlere bis gute Ware als angemessen gelten. Für Milch, Butter, Treibholz und Stallmist sind die Preise nicht maßgebend. Kartoffeln und Gemüse: das Pfund: Kartoffeln 4 Pf., Weißkohl 6-8 Pf., Rotkohl 9-12 Pf., Rotkraut 12-14 Pf., Rosenkohl 25-40 Pf., Winterkohl (Blaukraut) 10-12 Pf., Gelbkohl (Stedrüben) 6-8 Pf., Spinat 18-20 Pf., Gelbe Rüben 10-12 Pf., Karotten 15-18 Pf., rote Rüben 10-12 Pf., weiße Rüben 6-8 Pf., Schwarzwurzel 20-30 Pf., Fenchel 35-40 Pf., Zwiebeln 15-20 Pf.

Ost: das Pfund: Schafel, bessere Sorte 18-30 Pf., Schafel, mittlere Sorte 18-30 Pf., Schafel 13-18 Pf., Schafel 15 bis 20 Pf., Karotten 40-50 Pf., Apfelkuchen das Stück 8-15 Pf., Zitronen das Stück 8-10 Pf.

Sonstige Waren: Zinkblech das Stück 25 Pf., Gießblech das Pfund 80 Pf.

Wiesbaden, den 11. Februar 1916.

Stadt. Markverwalt.ung.

Aus den umliegenden Kreisen.

Prosthaßerei auf allen Gebieten.

Seitdem die Höchstpreise für inländische Käse eingeführt worden sind, ist dieses wichtige Nahrungsmittel an zahllosen Plätzen vollständig aus dem Kleinverehr verschwunden. Völlig, so schreibt der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährung“, haben sämtliche Emmentaler, Golländer und sogenannte Konsumkäse ausländische Herkunft erhalten und weisen demgemäß wesentlich höhere Preise auf, als die Bundesratsbestimmungen gewünscht haben. Nun werden die Preisprüfungsstellen und sonstigen Behörden dieser auffälligen Erscheinung, daß im Inland erzeugter Käse, insbesondere Tilsiter, sogenannter Schweizer und Golländer Käse einfach nicht mehr für das Publikum existiert, gewiß nachgehen. Wichtiger aber wäre es, vor allem würde es schneller zu dem gewünschten Erfolge, so schreibt ein Korrespondenzbüro, daß diese Käseforten zu den Höchstpreisen zu haben seien, führen, wenn die Hausfrauen Selbstschutz üben wollten. Es hätten es nur nötig, bis auf weiteres unter allen Umständen ausländischen Käse zurückzuweisen, bis eine Besserung der Marktlage sich einstellte. Bei einem solchen solidarischen Vorgehen der Käufer würden überraschend schnell die verschwindenden inländischen Sorten wieder zum Vorschein kommen und zum Höchstpreise abgegeben werden müssen.

Mit dem „Selbstschutz“ ist hier auch nicht geholfen. Die Erfahrung lehrt, daß die arme Bevölkerung, die sich jetzt kaum noch Käse leisten kann, wohl wieder Solidarität üben und für die künstlich hochgekauften Preise nicht kaufen wird. Die reichen Leute hingegen, die auf Geld auch während des Krieges nicht besonders zu schauen brauchen, werden zwar schimpfen, aber desto mehr kaufen. Dieses Mittel scheint also verfehlt. Wir fragen uns jedoch: Wenn offiziös bekannt ist, daß ein derartig offensichtlicher

Preissteigerndes mit einem der wichtigsten Volksnahrungsmittel getrieben wird, warum greifen da die Behörden nicht ein, die doch sonst überall da sind, wo sie manchmal lieber wegblicken sollten. Warum bleiben in diesem Falle auch die Militärbehörden so stumm? Von diesen Stellen müßte wieder zugegriffen werden, denn das Volk kann nicht länger entbehren.

Konsumvereine für Langensfeld, Hanau u. Umgeg.

Auch im zweiten Kriegsjahre hat sich der Konsumverein sehr gut gehalten und günstig weiter entwickelt. Der Umsatz in den ersten sechs Monaten betrug 488 082.57 Mark. Das ist ein Meiß gegen dieselbe Zeit im Vorjahre von 127 261.57 Mark. Die Neuaufnahmen betrugen im letzten Halbjahr 361. Die sich stets steigende Zahl von Aufnahmen neuer Mitglieder beweist, daß der Konsumverein seinen Zweck, die Versorgung seiner Mitglieder mit guten, preiswerten Lebensmitteln voll und ganz erfüllt und auch in dieser schweren Zeit, wo es dem Einzelhandel fast nicht mehr möglich ist, Waren zu erhalten, immer wieder neue Waren beschafft. Auch die preisregulierende Tätigkeit des Konsumvereins kam gerade in dieser Kriegszeit recht zum Ausdruck. Er trieb keine Spekulation, sondern setzte seine Warenvorräte solange zu alten Preisen ab, bis er gezwungen war, neue Waren zu erhöhten Preisen einzukaufen. Die Anknappung der verschiedenen Artikel macht sich jetzt auch im Konsumverein bemerkbar und wird von den Mitgliedern unangenehm empfunden. Diese Erscheinung ist aber größtenteils durch die verschiedenen Verfügungen der Behörden hervorgerufen. Es kommen hauptsächlich Del, Fette, Butter, Käse, Süßfrüchte, Reis usw. in Betracht.

Die Einnahmen betrugen am 30. Juni 1915 43 516.21 Mark, am 31. Dezember 1915 49 246.98 Mark. Die Abgaben betrugen in den letzten 6 Monaten 6583.46 Mark. Die am 4. März vorigen Jahres eröffnete Bäckerei hat sich ebenfalls gut bewährt; das erzeugte Brot wird von den Mitgliedern mit Vorliebe gekauft. Leider können nicht alle Mitglieder mit Brot versorgt werden, da es dem Verein nur möglich ist, dreimal täglich zu backen. Auch ist mit vielen Schwierigkeiten in der Bäckerei zu kämpfen. Durch die Anknappung des Kartoffelmehls und die letzte Verordnung über die Brotbereitung, wonach auf ein Teil Kartoffelmehl drei Teile geriebene Kartoffel genommen werden müssen, ist das Brot trotz größter Sorgfalt nicht immer in der einwandfreien Qualität herzustellen, als das früher der Fall war.

Wenn sich die Genossenschaft auch im zweiten Kriegsjahre weiter entwickelt hat, so darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dies auch für die Zukunft der Fall sein wird. Auch die neuen Mitglieder müssen sich als tüchtige Genossenschaftler erweisen, die nicht nur während des Krieges den Wert der Genossenschaft schätzen, sondern sich auch in Zukunft bemühen, das angefangene Werk immer weiter ausbauen zu helfen.

Och, 14. Febr. (Arbeiterjugend.) Zu der angekündigten Lichtbildervorstellung am Mittwoch ausfällt, findet die Zusammenkunft der Jugend im Jugendheim statt: Vortrag über Bismarck und seine Leistungen. Nach dem Vortrag Besprechung über den Elternabend.

Obernfeld, 14. Febr. (Stadtverordnetenversammlung.) Der Bürgermeister teilte mit, daß zur Verringerung der Not, die Stadt größere Mengen Schmalz für 6.20 Mark das Kilo gekauft hat. Hieran würde an die ärmere Bevölkerung das Kilo mit 5 Mark abgegeben. Den Restbetrag von mehreren Tausend Mark trägt die Stadt. Außerdem beschloß sie, zahlreiche ausländische Arbeiter zum Verkauf an die Bevölkerung. Die Sitzung bewilligte sodann die Mittel zur Vergrößerung des Friedhofes. Die Stadtrechnung für 1914 wurde bei 684 787 Mark Einnahmen und 684 450 Mark Ausgaben genehmigt. Der Haushaltsplan für 1916 sieht in Einnahmen 692 120 Mark, in Ausgaben dagegen 702 000 Mark vor. Der Restbetrag in Höhe von 69 880 Mark soll ohne Steuererhöhung zu decken versucht werden. Zu dem Haushaltsplan des Hospitals gewährt die Stadt einen Zuschuß von 7000 Mark.

Fechenheim, 13. Febr. (Salatöl-Verkauf durch die Gemeinde.) Der Bürgermeister gibt bekannt, daß die Gemeinde einen kleinen Posten Olivenöl erworben hat, der durch die Drogerien von Karl Meier Nachfolger und Otto Schindlberger zum Verkauf kommt. Es wird nur 1/2 Liter zum Preis von 35 Pfennig an die Familie abgegeben, und zwar gegen Bezugsscheine, die auf Zimmer 3 des Rathauses erhältlich sind. Jedoch werden Bezugsscheine nur an solche Familien abgegeben, die ein Einkommen unter 3000 Mark haben, wohnhaft in den Straßen Untergasse, Engelsasse, Erbenasse, Lindenplatz, Langstraße mit den geraden Nummern 102 bis 148, und Gainsasse. Die Bezugsscheine behalten Gültigkeit bis zum 19. Februar. Der für dieses Öl geforderte Preis von 3.50 Mark das Liter ist wohl etwas gefallen, aber der vorherrschende Mangel an gutem Salatöl bringt es mit sich, daß der außerordentlich hohe Preis den Verkauf nicht beeinträchtigen wird. An der Organisation des Verkaufs ist zu beanstanden, daß auch diesmal wieder, wie bei der Butter, der untere Teil des Ortes bedacht wird, und daß nicht auch an Stelle der Drogerie von Meier, die doch gar nicht im Verkaufsbezirk liegt, die Verkaufsstelle des Konsumvereins in der Gainsassenstraße berücksichtigt ist worden. Bei der großen Zahl der bezugberechtigten Genossenschaftsmitglieder wäre eine Regelung in bezeichnetem Sinne sehr zu wünschen.

Hanau, 14. Febr. (Kaische Gerichte.) In der Stadt wird das Gerichte verbreitet, daß Herr Bürgermeister Hub und dem Oberbürgermeister je mehrere Zentner Fleisch und dem Oberbürgermeister außerdem noch zwei Zentner (oder Saß, Weß gefächten seien. Hierzu schreibt der Oberbürgermeister: „Wir ist im Sommer 1915 ein Stück Speck im Gewicht von 2 bis 3 Pfund, das ich als Vergeltung für von der Stadt gekauften Speck für diese aufhof, gestohlen worden. Im übrigen ist weder Herr Hub noch mir irgend etwas, noch sind und Lebensmittel in irgend einer Menge gestohlen. — weil bei und nichts zu fehlen war und ich, weil wir keine Lebensmittelvorräte haben. Daß die Behauptung über Verbreitung des Speckstahlsgerüchtes die Behauptung enthält, wir hätten die Lebensmittel unter Mißbrauch unserer amtlichen Stellung für uns gesichert und daß diese Behauptung die schwerste Beleidigung ist, die man Beamten, welche mit der Verteilung der knappen Lebensmittel an die Bevölkerung betraut sind, zufügen kann, dürfte auch dem hirnlosesten Schmeißer klar sein. Ihm dies durch die Gerichte noch klarer zu machen, werde ich mich bemühen, und bitte meine Mit-

Nummer 37

Wäger, mich hierin zu unterstützen, indem sie mir diejenigen Personen namhaft machen, die das Diebstahlsvergehen weiterzugeben.

Genau, 14. Febr. (Krankenschulklasse für Gold- und Silberarbeiter.) Der Vorstand erinnert die Mitglieder, nochmals an die morgen Dienstag den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Kassenlokal der „Kartthaus“ stattfindende ordentliche Generalversammlung und ersucht um vollständige Beteiligung.

Genau, 14. Febr. (Vom Arbeitsmarkt.) Auf der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle meldeten sich: Arbeiter: 1 Gärtnersknecht, 1 Goldarbeiter (Kettenmacher), 1 Maurer, 4 Heizer, 2 Burschen, 1 Emailiererin, 2 Polierinnen, 2 Handelskassistenten, 4 Verkäuferinnen, 1 Lithograph, 8 Fabrikarbeiterinnen, 2 Monatsfrauen, 3 Dienstmädchen, 2 Hauswirtschafterinnen, 2 Wäscherinnen. Gesucht werden: 2 Silberarbeiter, mehrere Goldarbeiter auf Zupfearbeit, 1 Spengler und Installateur, 1 Eisenarbeiter, 1 Kistenmacher, 1 Schuhmacher, 2 Zimmerleute und 2 Dienstmädchen nach hier. Ferner nach auswärts: 1 Land, 1 Dienstmagd, 1 Kassenkassier, 1 Schneider, 1 Fuhrmann (verheiratet) und 1 Kraftfahrer.

Heinhausen, 13. Febr. (Rassenverkäufe von Rindvieh.) Im Laufe der letzten Tage fanden im Kreise Rassenverkäufe von Schlacht- und Magervieh, ein- und zweijährigen Rindern und hochtragenden Kühen statt. Auch Kälber fanden reichlichen Absatz. Die Händler zahlten den Viehhältern Preise, wie man sie noch nie gekannt hat. Sehr oft ist es weniger der Mangel an Nahrungsmitteln, der zum Verkauf zwingt, als die lockenden Märchenpreise. Wo bleibt das Fleisch?

Vom Westerwald, 13. Febr. (Erwisch.) Auf der Station Reiterfen verlor ein Bauer etwa 6 Zentner Brotgetreide unter eine zur Verladung kommende Ladung Stroh zu schmuggeln. Der Betrug wurde entdeckt, das Korn beschlagnahmt und der Räuber zur Anzeige gebracht.

Darmstadt, 14. Febr. (So wird durchgehalten!) Zu unserer Meldung über den fleischhamsternenden Arzt in Homberg i. Oberhessen wird uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß der Mann nicht, wie wir mitteilten, 12, sondern zusammen über 17 Zentner Schweine und Rindvieh an Lebendgewicht (niebezüglichen Zentner Lebendgewicht) schlachtete und davon selbstverständlich den größten Teil zu Wurst usw. verarbeiten ließ. Der Mann besitzt nur vier noch schulpflichtige Kinder und zwei Dienstmädchen.

Aus Frankfurt a. M.

Die deutsche Schule nach dem Krieg.

Der zweite Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz im Arbeiter-Bildungsausschuss über die deutsche Schule nach dem Krieg fand am Sonntagvormittag statt. Außer einigen Lehrern wohnten auch mehrere Lehrerinnen der Erörterung dieser wichtigen Frage bei.

In dem Streit, um die bessere Schulbildung der Arbeiter, so hob der Referent hervor, sei von gegnerischer Seite darauf hingewiesen worden, daß die Unternehmer auf eine geistig hoch stehende Arbeiterklasse angewiesen seien; nicht allein aus ökonomischen, auch aus egoistischen Gründen. Von einer allgemeinen Bildung, wie sie die Arbeiter verlangen, wollen die Herren jedoch nichts wissen. Sie reden vielmehr, wie die Arbeitgeber-Regierung verlangt habe, einer Differenzierung der Volksschulbildung das Wort. Nur dann, wenn es sich um bestimmte Qualitätsarbeiter handelt, wollen sie ihnen eine höhere Bildung zugänglich machen. Und selbst und seine Freunde befürworten eine bessere Bildungsmöglichkeit nur, wenn der Unternehmer dabei gewinnt. Die Arbeiter dagegen verlangen eine richtige Schulbildung, um sie im Interesse der Gesellschaft wieder verwerten zu können. Gewiß können nicht alle Arbeiter in leitende Stellen kommen; darüber ist sich jeder klar. Technische Einstellungen und Unterstellungen sind auch dann noch nötig. Die bessere Schulbildung soll nur ohne Gewaltmittel jedem einzelnen Menschen die Möglichkeit geben, sich empor zu arbeiten; dann wird er schon dort stehen bleiben, wo seine Fähigkeit aufhört.

In seinen weiteren Ausführungen erläuterte der Redner dann das sozialdemokratische Schulprogramm, das in seinen Gegenwartsforderungen von allen Lehrerkonferenzen und allen Parteien mit bildungsfeindlichen Bestrebungen anerkannt worden ist. Zunächst verlangen wir ein Reichsschulgesetz. Den gegenwärtigen Krieg führen nicht die Bundesstaaten, sondern das Reich; und die zukünftigen Aufgaben sind wieder solche des Reichs. Die Überwindung der partikularistischen Gegensätze ermöglichte in den letzten 80 Jahren erst den industriellen Aufschwung; auch im Volksschulwesen müssen diese Widerstände beseitigt, es muß reichsweit einheitlich geregelt werden. Das Reich muß Sicherheit haben, daß jede deutsche Schule gewisse Richtlinien für die Schulbildung bekommt und ein Mindestmaß festgelegt wird, das jedem Schüler an Bildung mitgegeben werden muß. Änderungen in dieser Richtung sind schon beim Friedensschluß nach dem Krieg von 1870 gemacht worden; bisher ohne Erfolg. Auch die deutsche Lehrerschaft hat diese Forderung wiederholt erhoben; zuletzt 1906 auf der Vorläufigen Lehrerversammlung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat 1912 durch einen Initiativantrag die reichsgesetzliche Regelung der Schulwesen verlangt. Ein greifbares Resultat ist dabei noch nicht herausgekommen. Es besteht aber die Hoffnung, daß nach dem Kriege die Frage in Ruhe kommt. Die gemeinsame Arbeit im Schutze des Vaterlandes wird sicher auch neue Gedanken für die Einheitschule bringen. Für die kriegerische Leistung ist es ganz gleichgültig, wo der Soldat her ist; aus Sachsen, Bayern, Brandenburg oder Württemberg. Deshalb sollte man auch im Schulwesen die heimliche Unterscheidung nach Landesgrenzen fallen lassen. An besonderen Richtlinien für ein Reichsschulgesetz verlangt der Redner die einheitliche Organisation des gesamten Schulwesens, die Einheitschule; ohne jede feindselige Ober- oder Unterordnung. Die allgemeine Volksschule muß für alle Schüler verlangt werden; die Trennung der Kinder darf nur geschehen, wenn es aus pädagogischen Gründen notwendig ist; nicht schon, wie es jetzt geschieht, von klein auf, je nach der finanziellen Leistung oder gesellschaftlichen Stellung der Eltern. Die Gliederung muß ganz allein nach pädagogischen Prinzipien erfolgen. Ferner muß die Unerschlichkeit des Unterrichts und der Schulbesuch verlangt werden. Ein ungenügend genährtes Kind ist nicht in der Lage, dem Unterricht zu folgen. Ohne die unerschütterliche Ernährung bricht man dem Prinzip der Einheitschule das Genick. Beim Militär hält man es für ganz selbstverständlich, daß Ernährung und Unterbringung auf Kosten des Staates geschieht. Heutzutage wird bei der denkbar besten geistigen Ausbildung der Jugend auch eine gute Versorgung für die militärische Ausbildung geleistet; es kann dann viel gespart werden. Die Weitsichtigkeit der Schule gehört ebenfalls zu den modernen Forderungen. Den Streit der Konfessionen solle man von den Schülern fernhalten. Die religiöse Erziehung der Kinder solle man ruhig den dazu geeigneten Organisationen überlassen. Dabei ist nicht gesagt, daß in der Schule nichts über die Religion gelehrt werden soll. Das kann im Rahmen des gesamten Gesellschaftsunterrichts erfolgen. Die besonderen Lehren aber und Zeremonien müssen aufhören. Unsere Kämpfer sind im Krieg auch nicht nach Konfessionen getrennt. Zur Modernisierung des Schulwesens gehört neben der gleichmäßigen Bildungsmöglichkeit für Knaben und Mädchen endlich auch eine Demokratie.

zung der gesamten Schulverwaltung. Eltern und Lehrer haben das größte Interesse an ihr; bis jetzt sind sie jedoch nicht in sie eingeführt. Schulbeiräte aus Vertretern der Eltern und Lehrer müssen geschaffen werden.

An sozialpolitischen Maßnahmen erwähnte der Redner bessere Bezahlung der Lehrer und der Lohnarbeiter, kurze Arbeitszeit, gesunde Wohnungen und einen ausreichenden Lohn der Schwangeren und Wöchnerinnen. Für all die Opfer, die der Krieg kostet, brauchen wir einen gesunden, tüchtigen Nachwuchs. Zum Schluß wandte sich Genosse Schulz an die Lehrer, Eltern und Erzieher mit der eindringlichen Mahnung, im Verkehr mit Kindern alles anzuschreiben, was mit der Kultur nicht zu tun hat. Reduit, Kurzschichtigkeit und Gleichgültigkeit müssen bei ihnen bekämpft werden; gegenseitige Achtung, Anerkennung und Menschlichkeit auch gegenüber unseren jetzigen Feinden muß man ihnen beibringen, und die menschlichen Reime pflegen und entwickeln. Denn Menschlichkeit ist nicht das besondere Vorrecht einer einzelnen Nation, sondern aller Völker. Man muß sich aufschwingen zu den Goethe'schen Worten: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ (Beifall.)

In der Ansprache bekannten sich die Herren Lehrer Karff und Rektor Goebel von der Annahmschule in der Hauptstraße zu den vom Referenten aufgestellten Sätzen. Beide Fachleute schilderten, wie unter dem jetzigen System mandoch arme Kinder verkommen, weil in der Ausbildung an ihm gesündigt wird. Das wirkt verbitternd. In den Schulkommissionen sitzen Leute, die an der Volksschule kein Interesse haben und deren Kinder diese Schule nicht besuchen. Auch für die Kinder im vorkulturnächsten Alter, betonte Rektor Goebel, müsse besser gesorgt werden; körperlich und geistig sind sie entsetzlich vernachlässigt. Die Schulprüfung muß bedeutend erweitert werden. In vielen Familien ist Schamhaare Mindermeister. Es ist eine Barbarei, von Kindern mit leerem Magen Aufgaben zu verlangen. Genossin Dr. Hammer sah es wie auf die Notwendigkeit hin, auch dem weiblichen Geschlecht alle Bildungsmöglichkeiten zu geben. Ohne die Tätigkeit der Frau können die Bedürfnisse des Volkes kaum befriedigt werden. Die Heranziehung der Frau müsse auf einem Kulturbedürfnis beruhen, es müsse Erfolg haben.

Im Schlußwort meinte Genosse Schulz, die Volksschullehrer seien geistige Proletarier, die sich mit den Arbeitern die Hände reichen müssen. Für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Schulforderungen gelte es, unerschrocken zu kämpfen. (Zustimmung.)

Erhöhung der Milchpreise. Von Dienstag den 15. Februar ab tritt nach einer heutigen Bekanntmachung des Magistrats eine Erhöhung des Vollmilchpreises von 28 auf 30 Pfennig für den Liter ein. Gleichzeitig hat der Magistrat einen Höchstpreis für Rahm Milch von 22 Pfennig für den Liter festgelegt. Diese Regelung beruht auf Verhandlungen, die zwischen der Regierung in Wiesbaden, der hiesigen Regierung, dem Stellvertretenden Generalkommando und den Städten des Frankfurter Wirtschaftsgebietes, sowie dieser Städte unter sich stattgefunden und zu einer Verordnung des Generalkommandos geführt haben, die heute gleichfalls veröffentlicht werden wird und die Grundlage für die Regelung des Milchpreises durch die Städte des hiesigen Wirtschaftsgebietes bildet. Die Erhöhung des Vollmilchpreises geschieht zur Verhütung eines weiteren Rückganges der Milchzufuhr für die Städte des hiesigen Wirtschaftsgebietes. Die Milchzeuger und Molkeereien haben darauf hingewiesen, daß der bisherige, seit dem 1. Oktober 1915 bestehende Milchpreis schon mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Jahreszeit nicht mehr zu halten ist, daß ferner die überhöhten Abschläge in jüngster Zeit einen Rückgang an Milchvieh und ein Steigen der Einkaufspreise für Milchvieh verursacht haben. Außerdem sind nach den Erklärungen der Landwirte die Erzeugungskosten infolge des notwendigen Einkaufs teurer ausländischer Futtermittel erneut gestiegen. Die Landwirte hielten eine Seroaufhebung um 4 Pfennig für den Liter erforderlich. Dieser Forderung konnte aber im Interesse der hiesigen Bevölkerung nicht gefolgt werden. Im Mai d. J. werden die jetzigen Preise wieder außer Kraft treten.

Von der Universität Frankfurt a. M. In die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität ist der Ministerial-Geheimrat im kaiserlichen Handelsministerium und Privatdozent an der Universität Wien Dr. Franz Jäkel als ordentlicher Professor für Statistik unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des statistischen Seminars berufen worden. Er wird sein neues Amt am 1. April antreten und im kommenden Semester eine Vorlesung: Statistik, Teil I: Allgemeine Theorie und Methoden; Bevölkerungsstatistik, sowie Vorlesungen im statistischen Seminar abhalten.

Feuerungszulage. Am Samstag wurde den Beamten der Adlerteile vom Reichsamt der Eisenbahn, die vor dem 1. Januar 1915 beschäftigt sind, die feuerliche Zulage bewilligt, daß die Direktion im Einverständnis mit dem Aufsichtsrat eine Feuerungszulage bewilligt habe. Da ein großer Teil von Beamten nach diesem Zeitpunkt eingestellt wurde, herrscht unter diesen bei der Bewilligung große Verärgerung. Denn die meisten haben keine Zulage und bedürfen einer Feuerungszulage ebenso wie die anderen. Oder glaubt die Verwaltung, daß sie von der herrschenden Feuerung verdonkelt bleiben? Deshalb sollte sich die Direktion entschließen, ihren Beschäftigten einer Revision zu unterziehen.

Schwarzerichter. Die zweite Sitzung des Schwarzerichters 1916 beginnt am 13. März. Zum Vorsitzenden wurde Vordirektor Dr. Ruffe ernannt. Als Beisitzer wurden ausgeteilt die Herren: Vordirektor Heinrich Adolf Grawlich, Privatier Karl Martin Rüdener, Vordirektor Heinrich Trödel (Wehrleiten), Chemiker Dr. Karl Roth, Vordirektor Emil Rode, Privatier Heinrich Franz Thücker, Fabrikant Rudolf Roucar (Köppen), Vordirektor Dr. jur. Philipp Lohse, Chemiker Dr. Josef Deschauer, Kaufmann Eduard Admer, Vordirektor Philipp Jakob Herz-Mills, Vordirektor Hermann von der, Kaufmann Friedrich Gottlieb Adam, Subdirektor Hermann Weiß, Schachmeister Adam Weber, Vordirektor Heinrich Neuhberg, Direktor Karl Christian Rüdolph, Vordirektor Richard Wolfgang Speyer, Vordirektor Nikolaus Flüg (Alt-Günheim), Vordirektor David Dique, Kommerzienrat Bernhard Kahn, Vordirektor Konrad Ludwig Lohmeyer, Vordirektor Hans Rottel, Kaufmann Wilhelm Ernst Greinwald, Privatier Emil Sigismund Salzbock, Schlossermeister Hugo Rumboldt, Architekt Friedrich König, Vordirektor Eugen Bräse, Vordirektor Wilhelm Adolf Vinke und Rechnungsrat Wilhelm Hermann Schuler.

Kriegsgesungen. Noch mehr als in Friedenszeiten verdienen sich jetzt gewisse Gerüchte im Volk zu bestimmten „Tafeln“, und das Fragen nimmt dann kein Ende. Es hat man jetzt oft die Frage zu erleben, ob für „Kriegsgesungen“ eine besondere Unterbringung gewährt wird. Nicht allein die Frau des Kriegers hat von der „Kriegsgesung“ gehört, daß man „jetzt“ für einen angebotenen Vuden eine doppelte höhere Unterbringung vom Reich erhält, als früher, auch aus den Schützengräben kommen Anfragen. Und dann erst die bekannte Spende der Kronprinzessin! Jede zweite Kriegerfrau bittet, ja be-

merken zu wollen, daß das Kind — ein Junge sei. Solchen Fragen gegenüber sei ein für allemal erklärt: Bei Gewährung der Reichsgeldhilfe wird keinerlei Unterschied gemacht, ob das Neugeborene ein Bub oder ein Mädchen ist. Warum sollte auch eine Familie eine höhere Unterbringung erhalten, wenn sie zufällig nur einen Bub hat, während eine andere Familie, die nur einen Mädchen hat, eine niedrigere Unterbringung erhält? Der Zweck der Reichsgeldhilfe ist, für einen gesunden Nachwuchs unseres Volkes zu sorgen, und dabei wird kein Unterschied zwischen Bub und Mädchen gemacht, deren Ernährung jetzt gleich hoch ist.

Manfardeneinbrecher. Manfardeneinbrecher treiben in letzter Zeit wieder in allen Gegenden der Stadt ihr Unwesen. Die Täter haben es besonders auf Geld und Wertgegenstände abgesehen. Das Publikum sei hierdurch gewarnt, Schmuckgegenstände und Geld in den Manfarden aufzubewahren.

Frankfurter Arbeitsmarkt. Beim städtischen Arbeitsamt waren am 14. Februar gemeldet: Offene Stellen: 7 Gärtner, 1 Marmorarbeiter, 1 Alterer Wagner, 2 Treibriemenmacher, 3 Gerber, 1 Schreiner für Baumaterial, 2 Modellschreiner, 10 Zimmerleute, 2 Antreiber, 3 Ofenheizer, 1 Rundscheiter, 1 Kupferschmied, 2 Feuer- und Rohrblechschmiede, 3 Fußblechschmiede, 1 Spengler auf Dachdecken, 6 gelehrte Eisenbahn- und Werkzeugmacher, 2 Automatenreparatur, 1 Automatenreparatur, 1 Maschinenreparatur, 3 Werkzeugmacher, 1 Mechaniker, 1 Typenreparatur, 1 perfektierter Reparatur auf Schreibmaschinen, 1 perfektierter Kranführer auf elektrische Maschinen, 2 Schlosser, 6 Handwerker, 8 Kettmacher, 3 Gusspuffer, 1 Elektromonteur, 1 Drahtzieher, 2 Modellschreiner, 1 Modellschreiner, 1 Modellrechner, 1 Domänenkassierer, 5 Schuhmacher, 5 Buchbinder, 2 Feinrechner, 2 junge selbständige Köche, 2 Kaffeekellner, 1 Kaffeehaus, 50 Fabrikarbeiter, 25 Erdarbeiter, 5 Seher, 3 Truher, 1 Hausdame, 1 Kinderkassiererin, 3 Kinderkassierer, 3 Mädchen, 1 Stütze, 4 tüchtige Köchinnen, 1 alte Kammerfrau, 1 Puppenkassierin für Restaurationsbetrieb (die Kassierinnen schreiben und ähnlichen Kosten bereits beiseite hat), 1 Kinderkassierer, 1 Köchin, 2 Köche auf Land, 2 Hausmädchen, 1 Stellenfuchende: 7 Knechte, 5 Tagelöhner und Hütten, 4 Schweizer, 1 Installateur, 5 Köche, 4 Schneider, 1 Schreiner, 1 Elektromonteur, 1 Installateur, 5 Arbeiterinnen, 1 Hilfsarbeiter, 4 Tagelöhner und Hütten, 2 Vorleserinnen, 6 Bauarbeiter (Anschläger), 4 Bau- und Modellschreiner, 4 Maler und Lackierer, 1 Anschläger, 1 Bau- und Modellschreiner, 10 Altere Arbeiter, 3 Köche, 1 Maler, 8 Gerberkassierer, 5 Schlichter, 4 Schlichterinnen, 3 Beschäftigten, 8 Zimmermädchen, 50 Fabrikarbeiterinnen, 50 Arbeiterinnen, 100 Hausarbeiterinnen, 31 Arbeiterinnen, 3 Beschäftigten, 1 Arbeiterkassierer, 2 Jungfernen, 4 Arbeiterinnen, 4 Arbeiterinnen, 4 Arbeiterinnen, 4 Arbeiterinnen, 2 Stützen, 1 Hausdame, 4 Arbeiterinnen, 2 Arbeiterinnen, 4 Arbeiterinnen.

Angehörige gesucht. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums in Berlin ist in einem Feldlazarett in Ostpreußen ein Paul Eckert verstorben, welcher nach eigener Angabe aus Frankfurt am Main stammt. Weiteres ist nicht bekannt. Angehörige des Eckert wollen sich zur weiteren Auskunft auf Zimmer 284 des Polizeipräsidiums, Hohenzollernplatz 11, einfinden.

Gerichtssaal.

Frankfurter Schöffengericht.

Ein „treuer“ Sachwalter. Der Kaufmann Fritz Reber wurde von dem Inhaber einer Fabrik chemisch-pharmazeutischer Präparate, der ins Feld riefte, zum Geschäftsführer bestellt. Der Fabrikant hatte damit dem Vord zum Gärtner gemacht. Reber vertrat nicht nur selbst Waren und bares Geld, er entblödete sich auch nicht, daß ihm unterstellte Personal zur Teilnahme an den Veruntreuungen aufzufordern, „es komme jetzt so genau nicht darauf an“. Das Personal war ehrlicher und verständiger den Prinzipal, der aus dem Felde herbeikam, um den Geschäftsführer an die frische Luft zu setzen. Genau ließ sich der Schaden nicht feststellen, den Reber angerichtet hatte, er selbst gab ihn auf etwas über 1000 Mark an. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Untreue zu sechs Monaten Gefängnis und nahm ihn wegen Fluchtverdachts sofort in Haft.

Neues aus aller Welt.

Ein einheitliches indisches Alphabet.

In Indien bestehen etwa 200 Dialekte und 50 verschiedene Schriftarten, von denen eine jede über 500 graphische Zeichen besitzt. Bei so verwickelten Schriftverhältnissen ist es deshalb nicht erstaunlich, daß Indien unter der eingeborenen Bevölkerung gegen 90 Prozent Analphabeten zählt. Nun hat die indische Regierung eine spezielle Kommission ernannt, die zur Aufgabe hat, ein einheitliches, einheitliches Alphabet zusammenzustellen. Dies Alphabet, das der ganzen Bevölkerung zu lehren ist, soll die lateinischen Schriftzeichen als Grundlage haben, wozu noch einige Erweiterungen treten. Für keinen Dialekt wird die Schrift mehr als 53 Zeichen, also nur den zehnten Teil der gegenwärtig noch gebräuchlichen Schriftzeichen umfassen.

Telegramm...

Elbassan besetzt.

Sofio, 14. Febr. (Antich.) Das Hauptquartier teilt mit: Bulgare Truppen besetzen Elbassan. Die Bevölkerung bereite ihnen einen warmen herzlichen Empfang. Die Stadt ist besetzt.

(Elbassan ist der geographische Mittelpunkt Albaniens. Eine gute Straße führt westwärts zur Küste unterhalb von Durazzo, eine zweite südwestlich nach Berat. Die Luftlinie von Elbassan zur Küste ist knapp 40 Kilometer. Jedemfalls befindet die Küste den gefährlichen Vormarsch der Bulgaren. Red.)

Wiesbadener Theater.

Reisend. Theater.

Montag, 14. Febr., 7 Uhr: „Komödie der Worte“.
Dienstag, 15. Febr., 7 Uhr: „Reizendes Geheiß“.
Mittwoch, 16. Febr., 7 Uhr: „Die seltsame Erbschaft“.
Donnerstag, 17. Febr., 7 Uhr: „Reizendes Geheiß“.
Freitag, 18. Febr., 7 Uhr: (Vollständiger) „Zehn Jahre in Venedig“.
Samstag, 19. Febr., 7 Uhr: (neu einstudiert): „Die große Glorie“.
Sonntag, 20. Febr., 12 Uhr: „Reizendes Geheiß“.
Sonntag, 20. Febr., 12 Uhr: „Reizendes Geheiß“.
Sonntag, 20. Febr., 12 Uhr: „Reizendes Geheiß“.

Königliches Theater.

Montag, 14. Febr.: „Die Habsburgerin“. Abonn. B.
Dienstag, 15. Febr.: „Der Schatzkammerdirektor“. Der Vorposten.
Mittwoch, 16. Febr. (zum erstenmal): „Die Helden auf Helgoland“. Abonn. A.
Donnerstag, 17. Febr.: „Don Juan“. Abonn. C.
Freitag, 18. Febr.: „Habsburger als Erzieher“. Abonn. A.
Samstag, 19. Febr.: „Die Habsburger“. Abonn. B.
Sonntag, 20. Febr., 2 1/2 Uhr: „Lumpenbühnen“. — 7 Uhr.
Sonntag, 20. Febr., 2 1/2 Uhr: „Lumpenbühnen“. Abonn. C.
Montag, 21. Febr.: „Lumpenbühnen auf Tauris“. Abonn. D.